

Der Gewerbeverein über den Ausgleich.

Wien, 5. November.

In der heutigen, überaus zahlreich besuchten Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines machte der Vorsitzende Vizepräsident kaiserlicher Rat Krause folgende Mitteilungen: In der letzten Zeit wurden mehrfache Kundgebungen betreffend die Erneuerung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches in den Blättern verlaublich, namentlich Äußerungen ungarischer Körperschaften, so insbesondere des Bundes ungarischer Fabrikindustrieller und des Bundes ungarischer Landwirte. Obwohl von österreichischer, und zwar sehr maßgebender Seite, so von der handelspolitischen Kommission der Gemeinde Wien, ferner von der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer und dem Oesterreichisch-deutschen Wirtschaftsverband, ebenfalls Äußerungen über den Ausgleich vorliegen, so erscheint es doch zweckmäßig, daß zu den ungarischen Kundgebungen der jüngsten Zeit neuerdings von österreichischer Seite Stellung genommen werde. Unser Verein verfolgt seit geraumer Zeit eine Politik der Annäherung und Verständigung der wirtschaftlichen Kreise beider Staaten der Monarchie, und zwar in der Erkenntnis, daß ein unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen zustandekommener und loyal durchgeführter Ausgleich für die politisch-militärische und wirtschaftliche Machtentfaltung der Gesamtmonarchie unerläßlich sei. In diesem Sinne teilen wir voll und ganz die Anschauungen, welche in den erwähnten österreichischen Kundgebungen zum Ausdruck gelangten, daß nämlich derzeit, da wir noch mitten im Kriege stehen und dessen Endergebnisse nicht überblickt werden können, auch keine endgültigen Entscheidungen und Bindungen in handelspolitischer Hinsicht überhaupt und in bezug auf den österreichisch-ungarischen Ausgleich im besonderen zweckmäßig wären, daß zwar bei der großen Schwierigkeit und Vielfältigkeit der hier zu lösenden Aufgaben die Verhandlungen der beiden Regierungen der Monarchie über den Ausgleich sowie unserer Regierung mit der deutschen Regierung über die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Zentralmächte ehestens aufzunehmen seien, daß jedoch endgültige Abmachungen über den Ausgleich dem Zeitpunkt vorzubehalten wären, in welchem ein klarer Ueberblick über die Ziele unserer Wirtschaftspolitik gewonnen sein wird und insbesondere die Richtlinien für das wirtschaftliche Verhältnis der Monarchie zum Deutschen Reiche durch grundsätzliche Verständigung der Regierungen festgelegt sind.

Was den Inhalt des Ausgleiches selbst betrifft, so muß man nicht so sehr vom österreichischen Standpunkte, sondern vom Standpunkte der Wahrung der handelspolitischen Kraft der Monarchie nach außen an dem dauernd festgelegten Grundsatz der wirtschaftlichen Gemeinschaft, des einheitlichen Wirtschaftsgebietes und der gemeinsamen Handelspolitik unbedingt festhalten und von diesem Standpunkte aus die von einem Kreise der ungarischen Industrie geäußerte Forderung nach Zwischenzöllen, welche jenen obersten Forderungen des Staatsinteresses widersprechen, als indiskutabel ablehnen, dies um so mehr, als die österreichische Volkswirtschaft bereit ist, zugunsten einer großzügigen mitteleuropäischen Wirtschaftspolitik durch den Abbau von Zöllen Opfer zu bringen. Denn bei der Erneuerung des Ausgleiches werden wir vielmehr unsere gesamte handelspolitische Lage, die durch den Krieg eine grundlegende Veränderung erfahren wird und bei deren Beurteilung auch die außenpolitischen Rücksichten entscheidend in Betracht kommen werden, stets vor Augen halten müssen. Wir werden daher sowohl dem Grundsatz eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses Oesterreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche als auch besserer und intimerer handelspolitischer Beziehungen zur Türkei und zu den Balkanstaaten, vor allem zu Bulgarien, die volle Möglichkeit wahren müssen. Daß hierbei unsere bisherige Agrarpolitik einer Aenderung unterzogen werden muß, steht außer Zweifel, denn auch hier müssen die staatlichen Interessen vor den Privatinteressen einzelner Produzentengruppen den Vorrang erhalten. In den Kommissionen und Ausschüssen wirtschaftlicher Korporationen, in welchen auch unser Verein Sitz und Stimme hat, werden wir die eben gekennzeichneten Grundsätze unserer Handels- und Ausgleichspolitik verfolgen, und ich glaube, daß die geehrten Herren Mitglieder dieser Politik ihre Zustimmung geben werden. (Lebhafter Beifall.)